



NATIONALE
STELLE
ZUR
VERHÜTUNG
VON
FOLTER

Länderkommission

Besuchsbericht

Justizvollzugsanstalt Hünfeld

Besuch vom 5. Januar 2016

Az.: 231-HE/I/16

Inhalt

A	Einleitung.....	2
B	Informationen zur besuchten Einrichtung und zum Besuchsablauf.....	2
C	Feststellungen und Empfehlungen.....	3
I	Übersetzung bei Verständigungsschwierigkeiten.....	3
II	Duschabtrennung.....	3
D	Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Unterbringungssituation	4
I	Anstaltskleidung	4
II	Verpflegung.....	4
E	Positive Beobachtungen	4

A Einleitung

Die Nationale Stelle ist Deutschlands Einrichtung für die Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug.

Besuche der Länderkommission als Teil der Nationalen Stelle finden auf Grundlage des Staatsvertrags vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe statt.

Laut Artikel 2 des Staatsvertrags vom 25. Juni 2009 hat die Länderkommission die Aufgabe, Orte der Freiheitsentziehung im Zuständigkeitsbereich der Länder aufzusuchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Sie kann zur Verbesserung der Bedingungen für Personen, denen die Freiheit entzogen ist, Empfehlungen an die zuständigen Behörden richten. Die Behörden sind gehalten, die Empfehlungen sorgfältig zu prüfen und gegenüber der Länderkommission in angemessener Zeit dazu Stellung zu nehmen.

B Informationen zur besuchten Einrichtung und zum Besuchsablauf

Eine Delegation der Länderkommission zur Verhütung von Folter besuchte am 5. Januar 2016 die Justizvollzugsanstalt Hünfeld. Die Einrichtung ist zuständig für den Vollzug von Freiheitsstrafen an männlichen Erwachsenen aus verschiedenen Amtsgerichtsbezirken. Darunter fallen Kurzstrafen bis 24 Monate sowie Freiheitsstrafen von 24-60 Monaten für Erstverbüßer. Sie verfügt aufgrund von Baumaßnahmen derzeit über eine Belegungsfähigkeit von 407 statt 507 Plätzen und war zum Zeitpunkt des Besuchs mit 379 Inhaftierten belegt.

Die Justizvollzugsanstalt Hünfeld ist eine teilprivatisierte Einrichtung. Ein Teil der Dienst- und Serviceleistungen der JVA wurde an die Firma steep GmbH übertragen. Diese stellt etwa 40% des Personals in der Justizvollzugsanstalt, darunter auch die Fachdienste.

Die Besuchsdelegation kündigte den Besuch der Justizvollzugsanstalt Hünfeld am 5.01.2016 beim Hessischen Ministerium der Justiz an. Sie traf um 10:00 Uhr in der Einrichtung ein und wurde vom

Leiter der Einrichtung in Empfang genommen. In einem Eingangsgespräch erläuterte die Besuchsdelegation den Besuchsablauf und bat um die Zusammenstellung verschiedener besuchsrelevanter Dokumente.

Anschließend besichtigte sie Hafträume und Sanitäreinrichtungen aller drei Hafthäuser, den besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände, die Schlichtzellen, die Küche und den Werkbereich.

Sie führte vertrauliche Gespräche mit dem Anstaltsarzt, dem Leiter des psychologischen Dienstes, der Personalratsvorsitzenden, einem Mitarbeiter des Sozialdienstes, einem Seelsorger, einem ehemaligen Insassenvertreter sowie zahlreichen Gefangenen verschiedener Stationen. Die Anstaltsleitung sowie weitere Bedienstete standen der Besuchsdelegation während des gesamten Besuchs als Ansprechpartner zur Verfügung.

C Feststellungen und Empfehlungen

I Übersetzung bei Verständigungsschwierigkeiten

Die JVA Hünfeld zieht bei Verständigungsschwierigkeiten mit Gefangenen andere Gefangene oder Bedienstete zur Übersetzung heran. Dies sollte allerdings unterbleiben, wenn vertrauliche personenbezogene Daten des Betroffenen erhoben werden, wie dies beispielsweise bei ärztlichen Gesprächen und dem Zugangsgespräch der Fall ist. Die Situation könnte sich für die vergleichsweise große Gruppe ausschließlich spanischsprachiger Insassen mit der Einstellung des neuen Anstaltsarztes verschärfen, der nach Auskunft der Einrichtung im Gegensatz zum derzeit tätigen Arzt kein Spanisch spricht. Hier sollte zeitnah Abhilfe geschaffen werden.

In beschränktem Maße können sprachlichen Schwierigkeiten z.B. mit computergestützter Übersetzung, etwa durch Anwendungen auf Mobiltelefonen oder Tablets, überwunden werden. Hiermit wurden beispielsweise in der JVA Hameln gute Erfahrungen gesammelt. Vielversprechend ist auch ein Projekt in Bayern, Dolmetscher per Video in die Anstalten zu schalten.

Für die Übersetzung vertraulicher Gespräche sollten keine Mitgefangenen oder Bediensteten eingesetzt werden.

II Duschartrennung

Die vorhandenen Gemeinschaftsduschen verfügen über keine Trennwände oder sonstigen die Intimsphäre während der Vorkehrungen. Nach Aussagen der Anstaltsleitung und von Insassen könne das Einzelduschen in Ausnahmefällen vom Arzt angeordnet werden.

Die Länderkommission empfiehlt, Maßnahmen zum Schutz der Intimsphäre zu ergreifen und einen Sichtschutz in den Duschräumen anzubringen.

D Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Unterbringungssituation

Die Länderkommission unterbreitet folgende Vorschläge zur Verbesserung der Unterbringungssituation:

I Anstaltskleidung

Ein Teil der Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Hünfeld trägt alte und sichtbar abgenutzte Anstaltskleidung, die nach Auskunft der Leitung noch zu Restbeständen der früheren Anstaltskleidung gehört. Aus Protokollen der Interessenvertretung der Gefangenen geht hervor, dass diese seit Längerem um einen Austausch der alten Kleidung bittet.

Hier sollte zeitnah Abhilfe geschaffen werden.

II Verpflegung

In den der Länderkommission ausgehändigten Speiseplänen findet sich kein Hinweis auf vegetarische Kost sowie eine Kostform für Gefangene muslimischen Glaubens.

Es wird empfohlen, auch Hinweise auf Sonderkostformen in den Speiseplan aufzunehmen.

E Positive Beobachtungen

Positiv hervorzuheben ist, dass die Justizvollzugsanstalt Hünfeld die vorhandene Fixiervorrichtung seit der Eröffnung im Jahr 2006 noch nicht benutzt hat.

Mehrere Insassen lobten die medizinische Versorgung in der Justizvollzugsanstalt sowie die Hilfsbereitschaft der Bediensteten.